

www.fpoe.at

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

Leitantrag

zum Sonderparteitag
der Freiheitlichen Partei Österreichs
am 15. Juni 2013 in Linz

**MIT
UNS WIRD'S
GERECHT**

Mit uns wird's gerecht

Teil I

Allgemeiner Teil

Leitantrag

zum Außerordentlichen Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs
am 15. Juni 2013 in Linz

Begründung:

Unsere Heimat Österreich, einstmals eine Großmacht mit erheblichem politischen und wirtschaftlichen Einfluss, musste durch die Wirren der beiden Weltkriege großen Schaden hinnehmen. Das Land war nach 1945 weitestgehend zerstört, breite Bevölkerungsteile verarmt, es gab kaum Arbeit, keine Sozialleistungen, keine Hoffnung auf einen sicheren Lebensabend oder auf eine Jugend frei von Sorgen und Ängsten. Es gab jedoch den festen Willen der Menschen in diesem Land, ihre Heimat wieder aufzubauen, dieses kleine Land im Herzen Europas zu etwas Besonderem zu machen. Ein Land, in dem fleißige Menschen in bescheidenem Wohlstand leben können, in dem tüchtige Unternehmer Arbeitsplätze schaffen, in dem lernbereite Kinder und Jugendliche alle Chancen haben und das sich durch den Fleiß der Menschen auch ein Sozialsystem leisten kann, das jenen, die wirklich Hilfe brauchen, tatsächlich wirksame Unterstützung zukommen lässt.

Wir verdanken dieses Österreich also unseren Eltern und Großeltern, die durch unsägliche Entbehrungen, durch harte Arbeit, in vielen Fällen durch erhebliche Leidensfähigkeit, aber auch durch große Begeisterung für unsere Heimat und durch die Entschlossenheit, für kommende Generationen ein besseres Österreich zu bauen, unser Leben in Freiheit, Sicherheit und sozialem Frieden ermöglicht haben.

Alle diese Errungenschaften sind nun aber substanziell bedroht: durch eine falsche Politik Brüsseler Bürokraten und Lobbyisten, die Konzerninteressen und die Gier von Finanzinstituten vor das Wohl der Menschen stellt und Eigenstaatlichkeit und Budgethoheit aushöhlt. Durch eine falsche Zuwanderungspolitik, die nicht jene Zuwanderer besonders fördert, die Fleiß, Wissen und Können einbringen, sondern solche wirbt, die vor allem an Sozialleistungen interessiert sind. Und sie sind bedroht von einem immer teureren Verwaltungsapparat, in dem sich rot-schwarze Machtinteressen wechselseitig blockieren und dazu führen, dass hohe Steuerleistungen in Österreich Menschen ärmer machen.

Nahezu alle Parteien in Österreich haben sich mit diesem System arrangiert. SPÖ und ÖVP sind eng mit einer jahrzehntelangen Proporzpolitik verbunden, in welcher möglichst viele Günstlinge an den Schalthebeln der Republik untergebracht werden. Die Grünen sind von einer einstmals positiven Zukunftspartei zu einer bigotten Verbotspartei verkommen, die bereit ist, mit den anderen System- und Proporzparteien für Macht und Einfluss eine Koalition einzugehen.

Außer der FPÖ hat zudem keine Partei den Mut, die dringenden Probleme auch offen anzusprechen und zum Schutz der Interessen Österreichs auch gegen den Brüsseler Apparat, gegen mächtige Spekulanten oder große Konzerne anzukämpfen.

Freiheit, Sicherheit, Frieden, soziale Absicherung, Wachstum und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung sind die Leitlinien und der Maßstab für unser Handeln als soziale, leistungsorientierte und österreichpatriotische politische Kraft.

Wir sind eine positive, eine zukunftsgestaltende Partei, die sich Österreich und den Menschen in diesem Land verpflichtet fühlt. Denn Österreich hat alle Voraussetzungen für eine blühende Zukunft. Wir haben tüchtige Menschen, eine offene und begeisterungsfähige Jugend, fähige Unternehmer und Senioren, die mit ihrer Lebenserfahrung nachkommenden Generationen eine große Stütze und Hilfe sein können. Dieses Erbe wollen wir bewahren und in eine gedeihliche Zukunft führen.

Antrag:

Der Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs fordert alle Mandatäre und Verantwortungsträger der FPÖ in Österreich und auf Ebene der Europäischen Union dazu auf, sich weiterhin unbeirrt, konsequent und geradlinig für die Umsetzung folgender Prinzipien und Maßnahmen zum Wohle Österreichs und der Menschen in diesem Land einzusetzen:

Gerechtigkeit bei Löhnen, Pensionen und Wohnen

Steuern senken

Grundlage freiheitlicher Budgetpolitik ist die Entlastung des Bürgers. Niedrige Steuern sind Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft. Unsere Arbeitnehmer und Unternehmer müssen in hohem Ausmaß selbst über ihr Geld verfügen können, anstatt jeden zweiten verdienten Euro dem Staat abzuliefern. Durch die Selbstbeschränkung des Staates auf seine eigentlichen Aufgaben sinken Kosten für die Verwaltung, können Steuern reduziert werden und es entstehen mehr private Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für alle. Jeder Euro, den der Staat ausgibt, muss zuerst von den Österreichern erwirtschaftet werden.

Entschlackung und Bürokratieabbau bedeuten mehr Leistung und sind Voraussetzungen für eine nachhaltige Senkung der Abgabenquote in Österreich. Die Befugnisse des Staates sind klar zu definieren, Gesetze sind hinsichtlich ihrer Praktikabilität und Kosteneffizienz anhand von Wirtschaftsverträglichkeitsprüfungen und Folgekostenberechnungen zu überprüfen.

Wir bekennen uns zu einer klar definierten Höchstquote für Steuern und Abgaben, die im Rahmen einer Verfassungsbestimmung festgeschrieben werden muss.

Die steuerliche Belastung für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ist durch eine Neugestaltung der Steuerprogressionsstufen bzw. der Bemessungsgrundlagen deutlich zu senken. Für Einkommensmillionäre halten wir in Zeiten der Krise eine befristete Solidarabgabe für gerechtfertigt, verwahren uns aber grundsätzlich gegen Tendenzen, die Idee der Gerechtigkeit à la Sozialismus mittels verschiedenen Modellen der Enteignung von zu Recht erworbenem Eigentum umsetzen zu wollen.

Zur Eindämmung der kalten Progression, die unmittelbare Auswirkungen auf die Kaufkraft der Österreicher und auf die Binnennachfrage mit sich bringt, spricht sich die FPÖ für eine Inflationsanpassung der Stufen der Durchschnittssteuersätze bei der Ermittlung der jährlichen Einkommensbemessungsgrundlage aus.

Gerechte Pensionserhöhungen

Die Österreicher müssen durch die Wirtschaftskrise und eine fehlgeleitete Regierungspolitik immer stärkere Einschnitte hinnehmen. Im Gegensatz dazu sind SPÖ, ÖVP und deren Schützlinge nicht bereit, sich solidarisch zu verhalten. Die FPÖ ist unter anderem für eine Novellierung des Notenbankgesetzes, die das OeNB-Pensionssystem an das ASVG-Pensionssystem anpasst. Es gibt keinerlei sachliche Begründung für diese Pensionsprivilegien der Nationalbank-Mitarbeiter. Das gleiche gilt beispielsweise auch für die Sozialversicherungen oder andere staatliche oder staatsnahe Bereiche. Darüber hinaus ist auch der Pensionssicherungsbeitrag der ehemaligen Spitzenpolitiker und anderer „Superspensionisten“ zu erhöhen.

Wir setzen uns für gerechte Pensionserhöhungen für ASVG-Pensionisten ein, die über der Teuerungsrate liegen müssen. Die Bewertung der Kindererziehungszeiten im Pensionsrecht ist deutlich zu erhöhen und für jedes Kind sind - unabhängig vom Geburtenabstand - zumindest volle sechs Jahre Kindererziehungszeit anzurechnen.

Leistbares Wohnen - Gebührenwucher stoppen

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Wir müssen deshalb dafür Sorge tragen, dass dieses Bedürfnis auch für sozial Schwache leistbar bleibt. Auf Jugendliche, ältere oder behinderte Menschen, aber auch auf Großfamilien ist durch intelligente Wohnmodelle im sozialen Wohnbau Bedacht zu nehmen. Der soziale Wohnbau ist für österreichische Staatsbürger gedacht und nicht für Ausländer, Härtefälle ausgenommen.

Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen wir ab, weil das für die Haushalte zu höheren Kosten führen würde. Der Preistreiber bei Nebenkosten muss Einhalt geboten werden und Wohnbauförderungsmittel dürfen nicht zu Spekulationszwecken missbraucht werden. Sie müssen durch eine Zweckwidmung wieder vollständig in den Wohnbau fließen.

Aufgrund der massiven Versäumnisse von SPÖ und ÖVP im Bereich des leistbaren Wohnens ist diesem Kapitel ein eigener umfassender zweiter Teil des Leitantes gewidmet.

Österreich zuerst statt EU- und Euro-Wahnsinn

Stabile Währung

Der über Generationen erarbeitete Wohlstand in Österreich ist durch die Transaktion unseres Vermögens in Pleite-Staaten und an gierige Banken und Finanzinstitute gefährdet. Während sich Bankmanager längst wieder fette Bonizahlungen überweisen lassen, haftet der Steuerzahler für deren Versagen.

Die Aushebelung der Budgethoheit der nationalen Parlamente und die Übertragung der Finanzrechte auf supranationale Institutionen, die wie im Fall des ESM-Direktoriums außerdem außerhalb jeglicher demokratischer Legitimation und Kontrolle stehen, ist ein äußerst gefährliches Mittel zur Entmachtung der Mitgliedstaaten der EU und damit der bisher freien Wähler in diesen Staaten.

Nach gewissen vorübergehenden Stabilisierungsmaßnahmen ist der für die FPÖ einzig gangbare Lösungsansatz, dass wirtschaftlich schwächere Staaten die Währungsunion verlassen und zu ihren angestammten Währungen zurückkehren.

Dieser Schritt ermöglicht es den Betroffenen, eine für ihre jeweiligen Anforderungen maßgeschneiderte Geld- und Währungspolitik zu betreiben, durch Abwertungen ihre wettbewerbs- und produktivitätspolitischen Defizite zu kompensieren und mittelfristig ihre Leistungsbilanz wieder in Ordnung zu bringen.

Nicht die schiere Größe der Eurozone entscheidet über ihren Erfolg, sondern ihre Homogenität und wirtschaftliche Schlagkraft.

Den für Österreich und Europa zukunftssträchigsten Weg sehen wir in einem Szenario starker nationaler Währungen in einem Währungsverbund (z.B. mit Deutschland) oder in der Schaffung eines Nord-Euro der starken Volkswirtschaften. Die vom EU-Establishment verordnete „Alternativlosigkeit“ des Euro in der bestehenden Form ist aus unserer Sicht vielmehr Ausdruck ihres politischen Ziels der Etablierung eines EU-Zentralstaats ohne nationale Souveränität als eine volkswirtschaftlich nachhaltige Position im Interesse der europäischen Völker.

Schutz der Arbeitnehmer

Freiheitliche Politik spielt Unternehmer und Mitarbeiter nicht gegeneinander aus. Vernünftige Wirtschafts- und Arbeitnehmerpolitik führt zu mehr Lebensqualität und mehr Wohlstand in unserem Heimatland.

Gehälter für Vollzeitbeschäftigung, mit denen Menschen nicht einmal ihre existenziellen Grundlagen absichern können, sind menschenunwürdig. Notfalls muss der Staat korrigierend in Form gesetzlicher Mindestlöhne eingreifen.

Die in langen Jahrzehnten von der Arbeitnehmerschaft erkämpften arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen müssen zum Wohle der Bevölkerung weiterhin ihre Schutzwirkung entfalten und den Menschen eine ansprechende Lebensgestaltung ermöglichen. Der Mensch hat seinen Zweck in sich und ist mehr als ein Lohnempfänger, der in unserer Gesellschaft produktiv sein soll und als robotierter Nutzmensch funktionieren muss. Die Etablierung von immer mehr prekären Arbeitsverhältnissen und die Notwendigkeit zur Übernahme mehrerer „Jobs“ durch eine Person zur wirtschaftlichen Existenzsicherung ist ein Weg in die falsche Richtung.

Die FPÖ lehnt aus diesem Grunde einseitige Lockerungen zu Lasten der Arbeitnehmer, wie die Abschaffung der Sonntagsruhe oder die Ausdehnung der Wochenarbeitszeit bei gleichem Lohn oder Gehalt, entschieden ab.

Insbesondere in der mit der Globalisierungsfrage eng zusammenhängenden Zuwanderungsthematik haben die politisch Verantwortlichen von SPÖ und ÖVP völlig versagt. Die ausufernde Arbeitslosigkeit ist zu einem guten Teil der in den Bereich gering qualifizierter Beschäftigung strömenden Massenzuwanderung mangelhaft Ausgebildeter zuzuschreiben. Durch die gesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung bleibt im modernen Staatswesen jedoch nicht genug gering qualifizierte Arbeit übrig, um all die kaum ausgebildeten Wirtschaftsflüchtlinge sinnvoll und erfolgreich aufnehmen und produktiv beschäftigen zu können. Ein weiterer Zuzug wenig qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte ist daher umgehend zu stoppen und die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für hier arbeitslose Gastarbeiter sind in absehbarer Zeit auslaufen zu lassen, ehe Österreichs Sozialsystem durch die auf diese Weise mitverursachten Probleme nicht mehr finanzierbar ist.

Eine weitere Öffnung des Arbeitsmarktes für Länder, deren Lohn- und Einkommensniveau deutlich unter dem österreichischen Standard liegt, lehnen wir aufgrund des Drucks auf unseren Arbeitsmarkt entschieden ab.

Schutz des Wassers und gesunder Lebensmittel

Eine gestärkte Souveränität, auch im Rahmen der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln und sauberem Wasser, schützt die Freiheit unserer Staatsbürger, deren vitale Lebensinteressen nicht zum Spielball internationaler Spekulanten und Konzerne werden dürfen.

International agierende Geschäftemacher mit guten Kontakten zu den Zentralen der Regierungsparteien schießen schon seit vielen Jahren auf den reichen Wasserschatz Österreichs. SPÖ und ÖVP haben trotz gegenteiliger Beteuerungen bereits mehrfach versucht, die unersetzbaren heimischen Wasserressourcen zu „liberalisieren“.

Angesichts sich abzeichnender weltweiter Verteilungskämpfe um die Wasserressourcen, bei denen Experten heute schon fürchten, dass diese unerbittlicher geführt werden als jene um das Öl, ist zu unterstreichen, dass die Verfügungsgewalt über österreichische Wasserschätze ausschließlich in österreichischer Hand zu bleiben hat. Dem Ausverkauf dieser wichtigsten

unserer Lebensgrundlagen ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig.

Den Naturgegebenheiten entsprechende und tiergerecht erzeugte Nahrungsmittel haben Zukunft und werden den Trend zu Designernahrung und Gentechnik-Junkfood überleben. Österreich kann aus dem reichen Schatz einer weitgehend intakten Umwelt und einer kleinstrukturierten Landwirtschaft schöpfen. Der Erzeugung ökologisch wertvoller und gesunder Lebensmittel gilt unsere Aufmerksamkeit.

Wir setzen uns dafür ein, alle Lebensmittel nach Herkunftsort und - wenn tierischen Ursprungs - auch nach Haltungsbedingungen zu kennzeichnen.

Den Einsatz von Agrogentechnik und hochschädlichen Pestiziden lehnen wir entschieden ab.

Echte Chancen für unsere eigene Jugend

Flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot

Um für Eltern echte Wahlfreiheit zwischen eigener Kinderbetreuung und beruflichem Engagement erreichen zu können, ist es erforderlich, das Kinderbetreuungsgeld ohne Zuverdienstgrenze zu einem Elterngeld bis zum Schuleintrittsalter auszubauen sowie die arbeitsrechtliche Karenz auf volle drei Jahre zu verlängern.

Wir fordern ein umfassendes Angebot an bedarfsgerechter Kinderbetreuung. Kindergärten sind keine Kinderaufbewahrungsorte oder Kinderabstellplätze, sondern müssen eine pädagogisch qualitätsvolle Betreuung garantieren.

Für das Erreichen der Wahlfreiheit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss die Rückkehr in eine Erwerbstätigkeit auch nach einer längeren Berufsunterbrechung durch die Kinderbetreuung so gefördert werden, dass sich Eltern auf das Gelingen eines solchen Wiedereinstiegs verlassen können.

Das Setzen von familienfreundlichen Maßnahmen wie beispielsweise firmeninterne Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, Heimarbeit sowie die fortlaufende innerbetriebliche Einbindung der karenzierten Arbeitskraft muss in Unternehmen Priorität haben und soll auch öffentlich gefördert werden. Erfahrung aus der Erziehungsarbeit soll bei Bewerbungskriterien für eine Erwerbstätigkeit berücksichtigt werden.

Es entspricht dem Gebot der Gerechtigkeit, dass Familienleistungen jährlich valorisiert und damit der Inflation angepasst werden. Dies verursacht keine Mehrkosten, sondern ist lediglich ein notwendiger Verzicht auf versteckte und ungerechte Leistungskürzungen.

Qualitätsoffensive bei Schule, Lehre, Uni

Der Staat hat sicherzustellen, dass dem Grundrecht auf Bildung durch ein breit gefächertes Angebot an qualifizierten und hochstehenden Bildungseinrichtungen entsprochen wird.

Dabei sollen auch private Einrichtungen unterstützt werden, um mit den öffentlichen Unterrichtsanstalten in einen qualitätsfördernden Wettbewerb zu treten.

Das österreichische Bildungssystem darf gesellschaftspolitisch weder auf das Bewahren alles Überkommenen noch auf das Verändern um jeden Preis ausgelegt sein, sondern soll Menschen heranbilden, die über ihre Zukunft frei und fundiert zu entscheiden vermögen. Dafür ist es auch erforderlich, das gesamte Bildungssystem von parteipolitischen Einflüssen zu befreien und Sorge dafür zu tragen, dass Schulen nicht zu ideologisch-doktrinären Zwecken missbraucht werden.

Freiheitliche Bildungspolitik geht davon aus, dass das Bildungssystem jeder sozialen Schicht offen stehen muss, nimmt aber auch an der Erfahrung Maß, dass nicht alle Menschen gleich veranlagt sind und Schulen demnach keine Einheitsbildung vermitteln können. Es geht vielmehr darum, Menschen jedweder Herkunft in einem gegliederten Bildungssystem - ihren Begabungen gemäß - bestmöglich zu fördern. Uniforme Strukturen, wie etwa die Gesamtschule für alle Zehn- bis Vierzehnjährigen, sind aus diesem Grunde nicht zielführend und werden abgelehnt. Voraussetzung für die Teilnahme am regulären Unterricht ist das Beherrschen der Unterrichtssprache.

Unter den Bildungszielen ist die Beherrschung der Grundkulturtechniken für den weiteren Bildungsaufbau Voraussetzung. Die Lehrzielvorgaben im Ausbildungsbereich haben sich am Bedarf zu orientieren. Der Stellenwert der Facharbeiterausbildung ist zu heben. Die Kosten des Lehrlings während der Berufsschulzeit sind nicht vom Betrieb, sondern von der öffentlichen Hand zu tragen.

Voraussetzung für den Zugang zur dualen Ausbildung ist die Fähigkeit, die deutsche Sprache zu verstehen und sich in Wort und Schrift auf Deutsch ausdrücken zu können. Wer am Arbeitsplatz nicht in der Lage ist, Anweisungen in deutscher Sprache zu folgen oder einfache Notizen in deutscher Sprache festzuhalten und wer der Unterrichtssprache in der Berufsschule nicht folgen kann, ist für das duale Ausbildungssystem in Österreich nicht reif und muss vor Eintritt in ein Lehrverhältnis die deutsche Sprache erlernen.

Wir bekennen uns zum freien Universitätszugang als unverzichtbaren Bestandteil des österreichischen Bildungswesens. Die gegenwärtigen Zugangsbeschränkungen schließen vor allem österreichische Studierwillige vom Studium aus. Die bestandene Matura oder Studienberechtigungsprüfung muss alleinige Voraussetzung für ein Studium bleiben. Die Matura muss eine aussagekräftige Zulassungsvoraussetzung darstellen, daher ist die Qualität derselben anzuheben (Oberstufenreform). Ausnahmen darf es nur für Kunst- oder Sportstudien geben, wo spezifische Anlagen unabdingbar sind.

Als gesellschaftliches Element ist Wissenschaftspflege eine wichtige Staatsaufgabe. Der Staat hat für Forschung und Lehre die ideellen und materiellen Mittel in Konkurrenz zu privaten Trägern bereitzustellen. Der staatliche Einfluss auf Forschung und Lehre ist aber analog zur freien Wirtschaft auf die gesetzliche Gestaltung von Rahmenbedingungen und die Festlegung von Mindestanforderungen an die Lehre zu beschränken. Im Sinne der Wissenschaftsfreiheit ist der Staat nicht berechtigt, Forschung und Lehre an ideologischen Zielen auszurichten.

Wir bekennen uns zur Lehr- und Lernfreiheit an den Universitäten sowie zur Einheit von Forschung und Lehre. Forschungsorientierte Lehre soll der hochqualifizierten Ausbildung für die Forschung und für bestimmte Berufe dienen wie auch dem Wissenserwerb an sich. In diesem Sinne haben die Universitäten dreierlei Lehraufgaben wahrzunehmen: Wissensvermittlung in der Form des bloßen Studiums ohne große Prüfungen mit Abschlussbescheinigung; gezielte Berufsausbildung in der Form des Studiums mit spezifischen, theoretischen und zum Teil auch praktischen Prüfungen (Magisterium); Wissenschaftsausbildung in der Form des Studiums mit theoretischen Prüfungen sowie wissenschaftlichen Arbeiten (Doktorat). Durch die Möglichkeit, schon während des Studiums berufsspezifische Prüfungen ablegen zu können, soll eine wesentliche Verringerung der Gesamtausbildungszeiten für akademische Berufe erreicht werden.

Gehobene praxisbezogene Lehre obliegt den Fachhochschulen. Sie dienen der gezielten Berufsausbildung in Form eines Studiums mit berufsspezifischen Prüfungen, ohne selbst Forschungsstätten zu sein.

Steuerentlastung für österreichische Familien

In Österreich gilt derzeit bei der Lohn- und Einkommensteuer das Prinzip der Individualbesteuerung. Die Höhe der Steuer hängt daher nur vom Einkommen des Steuerpflichtigen und nicht von der Zahl der Personen ab, die von diesem Einkommen leben müssen. Diese Regelung ist wegen des progressiven Lohn- und Einkommensteuertarifs eine grobe Ungerechtigkeit gegenüber Familien, insbesondere gegenüber Mehrkindfamilien mit einem Alleinverdiener.

Wir bekennen uns zur Abkehr von der Individualbesteuerung hin zu dem von uns schon lange eingeforderten Steuersplitting als wichtigste Maßnahme zur Unterstützung unserer Familien.

Beim Steuersplitting zur Entlastung der Familien werden neben dem Partner auch die unterhaltsberechtigten, nicht volljährigen und im gleichen Haushalt lebenden Kinder zur Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage herangezogen.

Grundsätzlich soll das Modell nur für Haushalte mit Kindern anwendbar sein. Kinderlose Paare und homosexuelle Partnerschaften unterliegen demnach weiter der Individualbesteuerung. Für sie bedeutet die Einführung des Familiensplittings keine Änderung oder Mehrbelastung, wie das Splittingmodell überhaupt optional, also freiwillig, wählbar sein soll.

Respekt für unsere ältere Generation

Echte Pensionserhöhungen

Seit die Statistik Austria im Auftrag des Österreichischen Seniorenrates einen eigenen Pensionistenpreisindex berechnet, ist eindeutig erwiesen, dass das tägliche Leben der Pensionisten einem völlig anderen Warenkorb unterliegt als jenes eines aktiv Erwerbstätigen.

Damit ist aber auch klar, dass die Politik den natürlichen Bedürfnissen dieser Menschen entsprechen muss und Pensionsanpassungen auf Basis des Pensionistenpreisindex berechnet werden sollen.

Grundsätzlich ist auf Basis der uns heute bekannten Rahmenbedingungen anzustreben, dass der herrschende Grundsatz, nach 45 Arbeitsjahren ohne Abschläge in Pension gehen zu können, auch weiterhin aufrechterhalten bleibt.

Wir sind außerdem davon überzeugt, dass eine künstliche Anhebung des Pensionsantrittsalters für weite Kreise der Bevölkerung völlig sinnlos ist, weil der Arbeitsmarkt keine ausreichenden Alternativen zum Pensionsbezug anbietet. Eine Umschichtung potentieller Pensionsbezieher in die Altersarbeitslosigkeit kann kein Mittel einer vernünftigen und am Menschen orientierten Politik sein.

Pflegegeld jährlich anpassen

Die Sicherstellung einer menschenwürdigen und hochwertigen Pflege und die Unterstützung pflegebedürftiger und behinderter Menschen in Österreich sind große Herausforderungen. Dabei gilt der Grundsatz, dass die Selbstbestimmung im Vordergrund aller Maßnahmen stehen muss.

Ein wesentlicher Schritt in Richtung Selbstbestimmung wurde 1993 mit der Einführung des Pflegegeldes gesetzt. Leider hat das Pflegegeld inflationsbedingt bereits ein Viertel seines Wertes eingebüßt. Die Bundesregierung weigert sich bisher, eine Inflationsabgeltung vorzunehmen. Im Gegenteil: Es wurden sogar neue Hürden beim Zugang zum Pflegegeld eingezogen. Wir setzen uns für eine jährliche Inflationsanpassung beim Pflegegeld und bei den Behindertenfreibeträgen ein, um eine schleichende Kürzung wesentlicher Unterstützungsleistungen und Entlastungsmaßnahmen zu verhindern.

Die FPÖ bekennt sich zur sozialen und rechtlichen Absicherung der pflegenden Angehörigen. Es gibt in Österreich mehr als 400.000 Personen, die Angehörige oder enge Bekannte zu Hause pflegen. 80 Prozent der Pflege- und Betreuungsleistungen werden von den Angehörigen zu Hause erbracht.

Erhalt unserer eigenen Traditionen und Werte

Die FPÖ bekennt sich zum Ziel, die Heimat, die autochthone Bevölkerung und damit unsere gewachsene Leitkultur genauso zu schützen wie jene der autochthonen Volksgruppen. Heimatbewusstsein bedeutet Bewusstsein der eigenen Identität und Verwurzelung in Geschichte, Tradition und dem historisch entwickelten Wertekanon. Das Grundrecht auf Heimat verpflichtet uns zu einer verantwortungsvollen Kontrolle, wenn es darum geht, wer in Österreich eine neue Heimat finden soll oder auch nur temporär in den österreichischen Arbeitsmarkt wechselt. Österreich ist kein Einwanderungsland.

Integrationsverweigernde Parallelgesellschaften lehnen wir ebenso ab wie Forderungen nach dem Primat von religiösen Regeln gegenüber den Fundamenten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Menschen-, Grund- und Freiheitsrechten. Die Wertschätzung anderer Kulturen und Traditionen ist unabdingbar verbunden mit einem Bekenntnis zur eigenen Kultur und Tradition. Es gilt daher, die Weiterentwicklung unserer eigenen Kultur im Wandel der Zeit zu ermöglichen.

Recht und Ordnung statt falscher Toleranz

Schutz unserer Demokratie

Wir bekennen uns zu einer säkularisierten Gesellschaft und damit zur Trennung von Kirche und Staat. Religionsfreiheit bedingt nicht nur die freie Wahl der Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft, sondern auch den Schutz des Staatsbürgers vor Extremisten, die aus vermeintlich religiösen Gründen nicht bereit sind, die österreichische Verfassung und unsere Gesetze zu achten.

Im radikalen Islamismus mit seiner globalen Vernetzung sehen wir eine massive Gefahr für Österreich und ganz Europa. Ihm gilt es entschieden entgegenzutreten, um ihm die Grundlagen zu entziehen. Dazu gehört die unmissverständliche Ablehnung der politischen Instrumentalisierung von Religion und die Zurückweisung des Missbrauchs religiöser Symbolik für politische Zwecke wie z.B. in Form von Minaretten.

In Österreich gibt es schon jetzt mehr als 200 Moscheen. Der Verfassungsschutzbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung legt dar, dass Moscheen sowohl für Radikalisierungs- als auch für Rekrutierungsaktivitäten als begünstigende und prozessbeschleunigende Plattformen dienen. Die FPÖ spricht sich daher gegen den Bau von neuen Moscheen mit Minaretten in Österreich aus.

Islamische Fundamentalisten gehen unter dem Deckmantel von Religionsfreiheit politisch aktiv vor und treten Menschenrechte mit Füßen. Statt Integration bilden sich Gegengesellschaften. Daher fordert die FPÖ einen Situationsbericht über den Stand der Islamisierung in Österreich, speziell zur Integration von Muslimen im Hinblick auf folgende Bereiche: Praktizierung der Scharia, Gewaltpotential und Terrorismusgefahr, Lebensweise und Bildung einer Parallelgesellschaft, religiöse Erziehung, Haltung zum Extremismus,

Zwangsehe, Ehrenmord, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie Demokratieverständnis und Toleranz.

Sicherheit als Grundrecht

Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern hat der Freiheit, der Sicherheit und dem Wohl seiner Bürger zu dienen. Er darf die Grundrechte und bürgerlichen Freiheiten des Einzelnen nur dort begrenzen, wo der Missbrauch dieser Rechte die Freiheitsräume anderer oder der Gemeinschaft verletzen würde.

Bei der Bekämpfung von Kriminalitätserscheinungen wie Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Banden- und Schlepperunwesen, Drogenhandel, Bedrohung fundamentaler Rechtsgüter durch Fanatismus sowie Gewalt gegen Kinder hat der Staat seine Möglichkeiten entschlossener zu nutzen und einzusetzen. Lebenslange Freiheitsstrafen müssen auch als solche vollzogen werden.

Grundrechte, wie zum Beispiel das Recht auf Freiheit oder die Meinungsfreiheit, dürfen nicht auf dem Altar einer vorgeschobenen Terrorismusbekämpfung geopfert werden. Mit der Vorratsdatenspeicherung wurde ein Generalverdacht über alle österreichischen Bürger ausgesprochen. Solche Überwachungsmaßnahmen sind auf jeden Fall abzulehnen.

Die Arbeit der Exekutive ist mit anderen Bereichen im öffentlichen Dienst kaum vergleichbar. Hier gibt es Schicht-, Wechsel- und Regeldienst an 365 Tagen im Jahr sowie Nacht-, Tag-, Wochenend- und Feiertagsdienste bei jeder Witterung. Daher ist es notwendig, ein eigenes „Exekutiv-Dienstgesetz“ zu erarbeiten, das den Bedürfnissen der Sicherheit in Österreich entspricht und die gesamten Befugnisse, Rechte und Pflichten der betroffenen Beamten klar regelt.

Die FPÖ steht dazu, dass das Österreichische Bundesheer auch in Zukunft seinen verfassungsmäßigen Auftrag - die militärische Landesverteidigung mit all ihren in- und ausländischen Komponenten - erfüllen können muss, dass die Organisation des Bundesheeres den militärischen Erfordernissen für die Erfüllung seiner Einsatzaufgaben entspricht und dass die loyalen Bediensteten nicht im Stich gelassen werden, welche für unser Vaterland, die Republik Österreich, hervorragende Arbeit leisten.

Die Eckpfeiler freiheitlicher Verteidigungspolitik sind im Wesentlichen: Schutz der Republik und ihrer Bürger durch eine unabhängige Landesverteidigung, allgemeine Wehrpflicht und Milizsystem sowie internationale Krisenbewältigung.

Opferschutz ins Zentrum

Während sich vor allem „PolitikerInnen“ vom linken Rand über Gebühr für die Rechte von Straftätern einsetzen und beispielsweise auch unter den Grünen in Deutschland der Missbrauch von Kindern nicht nur bagatellisiert, sondern im Gegenteil freie Liebe mit Kindern propagiert wurde, beschäftigt sich die FPÖ mit dem Schutz von Opfern. Diesen ist jede Unterstützung zu gewähren, um oftmals traumatische Erlebnisse verarbeiten zu können.

In Österreich gibt es keine Statistiken über die Rückfallquote bei Sexualstraftätern. Der Leiter der Berliner Charité, Prof. Klaus Michael Beier, hat Zahlen einer von ihm durchgeführten Studie veröffentlicht. Demnach liegt die Rückfallquote bei Sexualstraftätern bei 80 Prozent.

Wir fordern die Anhebung der Strafrahmen für Sexualstraftäter, die Abschaffung von Verjährungsfristen für strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung und eine unbedingte Anzeigepflicht für alle Personen, die beruflich mit Minderjährigen zu tun haben, wenn ein begründeter Verdacht des physischen, sexuellen oder psychischen Missbrauchs besteht.

Wir wollen ein absolutes Berufsverbot für Personen, welche nach einer strafbaren Handlung gegen die sexuelle Integrität und Selbstbestimmung von Minderjährigen verurteilt wurden, im Hinblick auf eine Erwerbstätigkeit sowie eine sonstige Tätigkeit in einem Verein oder in einer anderen Einrichtung, welche die Erziehung, Ausbildung oder Beaufsichtigung Minderjähriger umfasst. Eine Hafterleichterung durch den elektronisch überwachten Hausarrest schließen wir für Sexualstraftäter und insgesamt für Gewaltverbrecher aus.

Wir setzen uns für die Schaffung eines speziellen Opferfonds für Opfer von sexuellen Straftaten ein, der auch zur Finanzierung der medizinischen und psychologischen Betreuung und Behandlung der Opfer dienen soll.

Wir bekennen uns zur Sicherung der DNA-Daten aller Straftäter. Dadurch kann die Effizienz der DNA-Datei vergrößert werden. Denn auch gesuchte Mörder und Sexualstraftäter begehen oftmals simple Ladendiebstähle. Die Prävention wird dadurch wirksamer, da jedem Straftäter das Wissen im Nacken sitzt, bereits registriert zu sein.

Mit uns wird's gerecht

Teil II

Leistbares Wohnen

Leitantrag

zum Außerordentlichen Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 15. Juni 2013 in Linz

Begründung:

Wohnraum ist eines der zentralen menschlichen Lebensbedürfnisse. Der Anteil an ihrem Einkommen, den die Österreicherinnen und Österreicher dafür aufwenden, ist dementsprechend hoch. Der Schaffung kostengünstiger Marktsegmente durch den Staat und seine Körperschaften kommt besondere gesellschaftliche Bedeutung zu. Die koordinierte und zielgerichtete Schaffung von leistbarem Wohnraum ist eines der zentralen Instrumente jeder umfassenden Form der Verteilungs- und Sozialpolitik.

Immer höhere technische Anforderungen durch das jeweilige Baurecht in den Bundesländern, OIB- sowie EU-Richtlinien und ÖNORMEN sowie ständig steigende technische und architektonisch-stadtgestalterische, ökologische und energetische Anforderungen, um überhaupt Wohnbauförderung lukrieren zu können, haben aber in den vergangenen Jahren die Baukosten regelrecht in die Höhe schießen lassen. Im geförderten Mietwohnungsbau sind die Baukosten etwa zwischen 2001 und 2011 um fast 50 Prozent auf beinahe 2.000 Euro/m² angestiegen. Ein Drittel der Teuerung ist dabei auf zusätzliche qualitative und technische Ausstattungen wie Barrierefreiheit, Brandschutz etc. und energetische Standards wie Dämmung oder Be- und Entlüftung zurückzuführen. Nach Jahren ständig anwachsender kostspieliger Qualitätsnormen braucht es nun eine Rückbesinnung auf die Bereitstellung günstigen Wohnraums, weil sich die Menschen Wohnungen selbst im geförderten sozialen Wohnbau nicht mehr leisten können - das ist unsozial!

Antrag:

Der Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs fordert im Interesse und zum Wohle aller Bürger, die auf die Bereitstellung günstigen Wohnraumes angewiesen sind, sowie aller Steuerzahler überhaupt die Fokussierung und Rückbesinnung aller Verantwortungs- und Entscheidungsträger im geförderten Wohnbau auf die ursprünglichen Zielsetzungen und damit auf die wesentlichen Kernaspekte. Diese waren und sind, sozial verträgliche Mieten in Wohnungen, die dem Bedarf angepasst sind, zur Verfügung zu stellen und die Unterstützung bei der Schaffung von leistbarem Eigentum.

Grundbedürfnis Wohnen

Der gemeinnützige soziale Wohnbau hat eine vorrangige Aufgabe: leistbaren Wohnraum zu schaffen! Leistbar bedeutet eben, dass die monatlichen Kosten (Miete, Betriebskosten etc.) für die Mieterinnen und Mieter nicht ins Uferlose steigen. Jede bauliche und technische Zusatzmaßnahme verursacht Mehrkosten, die am Ende des Tages von den Menschen getragen werden müssen. Da sei die Überlegung nicht nur erlaubt, sondern angebracht, wo sinnvolle Einsparungen vernünftig sind und wo nicht. Hängende Gärten und Nirosta-Handläufe im sozialen Wohnbau mögen architektonische Juwelen sein, Mietpreisbremsen sind sie nicht. Wenn Menschen mit geringerem Einkommen den sozialen Wohnbau bestenfalls bei Architekturführungen kennenlernen anstatt darin zu leistbaren Mieten zu wohnen, führt sich dieses Konzept ad absurdum.

Dass aber der geförderte Wohnbau aufgrund der in ihm verpackten erhöhten Anforderungen schon hochwertiger und in der Herstellung teurer ist als der frei finanzierte, ist einfach nicht nachvollziehbar. Es sollte, wie in anderen Bereichen des Lebens auch, ein bedarfsorientiertes Basisversorgungspaket beim sozialen Wohnbau geben.

Gegen die Kostentreiber im Wohnbau - der Wirtschaftlichkeitsbeirat garantiert handeln statt reden

Nicht jeder braucht einen Mercedes, nicht jeder will einen, nicht jeder kann sich einen leisten. Wir bauen aber im Wohnungsbereich nur mehr „Wohnungen vom Typ Mercedes“ und machen damit einen großen Teil der Bevölkerung zu Bittstellern: Egal ob man den Mercedes will, braucht oder zahlen kann, man bekommt ihn. Steigende Grundstückspreise und teure Architektur lassen die Kosten für Wohnungen explodieren. Im sozialen Wohnbau müssen daher die Bau- und Betriebskosten reduziert werden, damit für den Einzelnen das Wohnen in den eigenen vier Wänden leistbar bleibt.

Der Wirtschaftlichkeitsbeirat aus unabhängigen Experten prüft in Oberösterreich seit Mai 2013 die Projekte des sozialen Wohnbaus auf ihre Kosteneffizienz. Denn die Experten sind überzeugt, dass man gleichzeitig qualitativ hochwertig und kostengünstig bauen kann.

Das Ziel ist größtmögliche Wahlfreiheit für den freien Bürger und Konsumenten unter verschiedenen Technologien, Baustoffen, Heizsystemen und Ausstattungsmöglichkeiten anstatt Zwang und Bevormundung. Damit verbunden ist auch Chancengleichheit und fairer Wettbewerb für unsere Unternehmen und die Wirtschaft.

Staat macht das Wohnen teuer

Der Kern der Problematik liegt in der Flut der Gebühren und Vorschriften - diese Faktoren machen Wohnen teuer: Kanal, Wasser, (Öko-)Strom sowieso völlig überzogene und oft sinnlose Klimaschutzgesetze sind der Grund dafür, dass die Preise für das Wohnen explodieren - und nicht alleine die Raummiete, deren Höhe beispielsweise in Oberösterreich sozial absolut verträglich ist.

Bekanntnis zum Zwei Säulen-Modell

Es braucht also eine Besinnung auf die zwei wesentlichen Kernaspekte und Zielsetzungen der Wohnbauförderung: Sozial verträgliche Mieten in Wohnungen, die dem Bedarf angepasst sind, zur Verfügung zu stellen und die Unterstützung bei der Schaffung von Eigentum zu gewährleisten.

Für jene, die sich zur Schaffung von Eigentum entschließen, denen das finanziell aber nicht so leicht möglich ist, soll auch weiter die unterstützende Möglichkeit von Mietkaufmodellen angeboten werden. In diesem Bereich ist insbesondere die Regelung des Vorsteuerberichtigungszeitraumes von großer Relevanz, da sich diesen Steuervorteil das Mietkaufmodell zunutze macht.

Sanieren - aber nicht auf Kosten unserer Umwelt

Bei der Sanierung sollte man überhaupt nicht immer primär an die thermisch-energetische Sanierung denken. Manchmal ist sicherlich auch eine „Sanierung mit der Planier-Raupe“ die beste Alternative, wenn es sich um eher wertlose Gebäude im Sinn von Kultur und Stadtbild handelt. Dabei kann man aber gleichzeitig Wertvolles für unsere Natur leisten, gebietet man doch durch die Wiedernutzung von bereits aufbereitetem Grund und Boden der voranschreitenden Versiegelung von weiterem Grünland sowie auch der um sich greifenden Zersiedelung Einhalt.

Damit hätte man der Umwelt und unserer Heimat einen größeren Dienst erwiesen als mit dem „Einpacken“ der Häuser und Gebäude in das Erdölprodukt Polysterol. Es werden Aktionismen gesetzt, die nichts bringen (Energiesparlampe, völlig überdimensionierte Wärmedämmung mit fragwürdigen Materialien ohne Amortisation).

Steuerliche Vorteile schaffen und regionale Wirtschaft stärken

Sanierungen sind sinnvoll zu unterstützen: Die Kosten für die Wohnraumsanierung sind bisher nur dann mehrjährig als Sonderausgaben absetzbar, wenn die anfallenden Baukosten fremdfinanziert wurden. Es ist daher notwendig, die Investitionen in die Wohnbausanierung auch dann mehrjährig absetzbar zu machen, wenn diese über Eigenkapital finanziert werden. Zudem soll der Höchstbetrag für Sonderausgaben im Bereich der Wohnbausanierung angehoben werden.

Ein ausgewogenes Miteinander von Handwerker- und Eigenleistungen der Häuslbauer oder -sanierer und ihrer Familien ist wünschenswert. Um der Schwarzarbeit am Bau entschieden entgegenzutreten, müssen für auszubehaltende Förderungsinanspruchnahmen Rechnungen vorgelegt werden, jedoch sollen auch Leistungen, die man aus Eigenem und mit Hilfe von gegenseitiger Unterstützung innerhalb der Familie erbringt, möglich sein. Da insbesondere die Leistungen von Handwerkern von regionalen klein- und mittelständischen Unternehmen erbracht werden, ist diesen Leistungen etwa durch einen Handwerkerbonus besonders Rechnung zu tragen.

Gemeinnützigkeit und Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz

Nahezu jede vierte Wohnung in Österreich unterliegt den Bestimmungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes - künftig WGG genannt. Die gemeinnützige Wohnungswirtschaft spielt aufgrund ihrer quantitativen Bedeutung eine wesentliche Rolle hinsichtlich der Preisentwicklung auf den Wohnungsmärkten.

Der gesellschaftliche und sozialpolitische Auftrag gemeinnütziger Bauvereinigungen besteht darin, der Bevölkerung möglichst kostengünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Auftrag resultiert die Befreiung gemeinnütziger Bauträger von Ertragssteuern. Das WGG setzt den entsprechenden rechtlichen Rahmen für die Tätigkeit der Unternehmen. Im Vordergrund steht nicht die Erwirtschaftung von Gewinnen und Kapitalrenditen, sondern die beständige Zirkulation des Firmenvermögens innerhalb des wohnungswirtschaftlichen Kreislaufes. Um dies neben betriebswirtschaftlichen Aspekten, wie speziellen Bilanzierungsvorschriften, auch legislativ gewährleisten zu können, kommt das sogenannte Kostendeckungsprinzip sowie die Preisangemessenheit zur Geltung. Gewinne dürften demnach lediglich in geringem Maß erwirtschaftet bzw. ausgeschüttet werden. Mieten oder Nutzungsentgelte haben sich demnach nicht an Angebot und Nachfrage, sondern an den Erfordernissen der Kostendeckung zu orientieren. Daraus sollten verhältnismäßig niedrige Mietkosten resultieren.

Das Fundament des gemeinnützigen Wohnbaus muss grundlegend reformiert werden. Anstatt Gewinnpotentiale zu heben, soll finanzieller Spielraum an die Bewohner in Form günstigerer Mieten weitergereicht werden. Der Gedanke seines sozialen Auftrages muss mit neuem Leben - neuen Perspektiven im gemeinnützigen Wohnbau - erfüllt werden.

Insbesondere sollen Wohnbaugenossenschaften in Zukunft nicht mehr (nur) durch den Revisionsverband, sondern (auch) durch den Rechnungshof zu prüfen sein.

Wohnbau(förderung) und Integration - Schlüssel zur Integration ist Sprache

Dass mit den von der arbeitenden Bevölkerung Österreichs aufgebrachten Steuermitteln, die in die österreichische Wohnbauförderung fließen, nur jene „Neuösterreicher“ und sonstige Mitbürger unterstützt werden sollen, die auch gewillt sind, an unserer Kultur Anteil zu nehmen und mindestens Deutsch zu lernen, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Ebenso muss das für die Vergabe von mit diesen öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen gelten. Die Antwort auf das immer größer werdende Problem von immer weniger vorhandenen Deutschkenntnissen kann nicht in der Forderung nach immer mehr Dolmetschern bestehen. Sie muss darin liegen, das Erlernen unserer hier gesprochenen deutschen Sprache zu fördern, aber auch konsequent zu fordern!

Zweckwidmung

Auch selbstverständlich sollte sein, dass man einen funktionierenden Kreislauf nicht unterbricht, indem man die rückfließenden Mittel aus den Darlehensrückzahlungen zum Stopfen allgemeiner Budgetlöcher missbraucht. Würde man diese Mittel im System belassen, wäre dieses selbsttragend und würde dem allgemeinen Budget auch nicht zur Last fallen. Wohnbaufördermittel müssen Wohnbaufördermittel bleiben und unseren Überlegungen und dem ureigensten Sinn entsprechend ihren Zweck erfüllen können. Zweckwidmung bedeutet aber eigentlich darüber hinaus noch mehr. Nur eine zweckgebundene Objektförderung ist wirtschaftlich nachhaltig, weil man mit jedem geförderten Euro fünfmal so hohe Investitionen auslöst. Wohnbaugelder müssen wieder für den Kernbereich des Wohnens zur Verfügung gestellt werden. Mittlerweile werden sehr viele Bereiche über Wohnbaugelder finanziert, die mit dem Wohnbau nichts zu tun haben. Hier zählt auch die Förderung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie dazu, die sich im oberösterreichischen Wohnbauressort in den vergangenen Jahren auf immerhin bis zu 17 Millionen Euro belaufen hat.

Alternative Finanzierungsmöglichkeiten, aber jedenfalls solide und sicher

Wohnraumschaffung ist nicht nur mit öffentlichen Mitteln und durch gemeinnützige Bauvereinigungen möglich und wünschenswert, auch private Geldgeber sollten motiviert und mit ins Boot genommen werden durch für alle Seiten attraktive Regelungen: zur sinnvollen Nutzung sonst brachliegender finanzieller Ressourcen, zur Entlastung der öffentlichen Hand, zur Vergrößerung des Angebots. Solche Anreize können insbesondere steuerlicher Natur sein, etwa mit einer Abschreibungsmöglichkeit, wie es etwa derzeit schon bei der Sanierung denkmalgeschützter Gebäude möglich ist.

Einkommensgrenzen und Mittelstand als tragende Säule der Gesellschaft

Die Wohnbauförderung soll samt allen aus ihr finanzierten Leistungen - ihrem Grundgedanken entsprechend - einkommensabhängig sein. Tendenzen, diese Einkommensgrenze aber sehr nach unten zu drücken, stehen wir entgegen. Insbesondere ist auch auf den gesellschaftlichen Mittelstand Bedacht zu nehmen, der ohnehin die größte Steuerlast trägt und den Staat finanziert. Es darf nicht in noch weiter um sich greifendem Ausmaß zu noch größeren Umverteilungen kommen. Die eigene Leistung muss auch etwas wert sein.

Die Grenzen für die Förderwürdigkeit z.B. in der oberösterreichischen Wohnbauförderung sind traditionell eher förderwerberfreundlich gestaltet: So fallen mit 37.000 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt und mit 55.000 Euro für zwei Personen sowie mit zusätzlichen 5.000 Euro für jede weitere im gemeinsamen Haushalt lebende Person gut 90 Prozent der oberösterreichischen Bevölkerung in die vorgegebenen Einkommensgrenzen und kommen so bei Einhalten der weiteren Voraussetzungen wie Begründung des Hauptwohnsitzes in dem zu fördernden Objekt in den Genuss der Wohnbauförderung. Das ist auch gut so und soll in Oberösterreich auch in Zukunft so bleiben: Denn neben den einkommensschwächeren Bevölkerungsteilen und den für sie maßgeschneiderten Unterstützungen soll so auch der Mittelstand als breite Bevölkerungsschicht, die den Großteil des Steueraufkommens und so den Staat trägt, angemessen und fair unterstützt werden!